

berechtigt zu diskutieren. Aber die SED-Partei-führung war dazu in ihrer ideologiebefangenen Arroganz nicht fähig. Sie hatte schon längst den Blick für die Realitäten verloren, verwechselte Absicht und Wirklichkeit, war unfähig zur Selbstkritik und konnte nicht zu den Wurzeln, zu den Motiven der kritischen Diskussionen Andersdenkender vorstoßen. Sie war deshalb unfähig zu einem Dialog und gestattete ihn auch allen anderen, vor allem den eigenen Mitgliedern, nicht.

Zu schnell wurden Andersdenkende als Gegner, als Feinde gesehen, die zu bekämpfen waren. Die Distanz blieb unüberbrückbar und ist eine der Ursachen für den Untergang der DDR. Leider ist diese Distanz bis heute noch sehr groß. Wir hatten uns gewünscht, mit den Beiträgen in »Zwie-Gespräch« wenigstens ein Mindestmaß an Kommunikationsbereitschaft vor allem auch bei denen zu erreichen, die einst im Visier des MfS waren. Die entscheidende Frage ist doch: Will man allein die Vergangenheit bearbeiten, oder will man zusammen mit ehemals Verstrickten etwas für die gemeinsame Zukunft gewinnen?

Die unterschiedlichen Beiträge von »Zwie-Gespräch« und auch die Diskussionen im Gesprächskreis führen zu der Erkenntnis, daß es zumindest bei der Bewertung der Vergangenheit keine für alle gleichermaßen gültige Wahrheit gibt. Jeder hat seine Biografie, seine Sicht, seine Erfahrung, und jeder hat auch für sich seine Wahrheit, die man zunächst einmal schlicht wahrnehmen sollte. Erst in einem zweiten Schritt kommt die gegenseitige Bewertung hinzu. Und hier kann und muß die Auseinandersetzung be-

ginnen. Dabei können sich Einsichten er-gänzen, sie können sich gegenseitig aufheben, sie können gegeneinanderstehen. Diese Verschiedenheit auszuhalten und für sich bei allem Respekt vor der Meinung des anderen auch eine persönliche Entscheidung zu finden, ist die schwierige aber notwendige Anforderung an jeden einzelnen.

Einstellung der Zeitschrift

»Zwie-Gespräch«

Wenn wir nun unsere Arbeit beenden, dann deshalb, weil sich die Bedingungen in den letzten fünf Jahren Schritt um Schritt verändert haben. Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die DDR-Vergangenheit und auch speziell über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit hat sich versachlicht, wenngleich dafür noch immer viel zu tun bleibt. Die Debatte verlagert sich mehr und mehr in den Bereich der Wissenschaft. Das ist uneingeschränkt zu begrüßen.

Freilich hat damit für den einzelnen das Bedürfnis abgenommen, sich mit der eigenen DDR-Biografie auseinanderzusetzen. Angesichts der vielfachen Umstellungsprozesse vor allem für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist das auch verständlich. Ein Blick zurück in die eigene Vergangenheit ist zudem oft ein schmerzlicher Prozeß, den man lieber meidet. Das gilt auch für Bürger der alten Bundesländer, die die Chance einer kritischen Neubesinnung seit 1989 gegenüber der eigenen Vergangenheit ohnehin nicht sehr stark betrieben, sondern sich häufiger auf die Vergangenheit der DDR-Bürger konzentrierten. Trotz all der bela-